

# Dresdner Volkszeitung

Hauptredaktion: Dresden, Raben & Comp., Nr. 1293.

Organ der Vereinigten Sozialdemokratie

Verleger: Raben & Comp., Dresden.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaften Dresden-Kreisstadt und Dresden-Landstadt

Abonnementpreis einschließlich Frachtposten monatlich 800.— M., durch die Post bezogen monatlich 850.— M., unter Kreuzband für Deutschland monatlich 880.— M., Einzelnummer 50.— M., Sonntagsnummer 70.— M., Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10, Tel. 25281. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10, Tel. 25281. Geschäftszeit von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: die Spalte, Nonpareilgröße 100.— M., die Spalte, Kleinformatgröße 400.— M., auswärts 125.— M., Ausland 800 u. 2500 M. Bei mehrmaliger Aufgabe Ermäßigung, Familienanzeigen, Stellen- und Mietgesuche 40 Proz. Rabatt. Für Briefwechselungen 80 M.

Nr. 5

Dresden, Sonnabend den 6. Januar 1923

34. Jahrg.

## Der drohende Einmarsch

Nach den Mitteilungen aus Paris denkt Poincaré daran, zunächst einmal einige Städte im Ruhrgebiet zu besetzen, um dann über die Bewilligung eines Zahlungsaufschubs mit der deutschen Regierung weiter zu verhandeln. Dabei die produktiven Sicherheiten im Rheinlande eine Hauptrolle spielen dürfte.

Das Vorgehen der französischen Regierung hinsichtlich der Verhängung von Pfändern wird vor allem auf Anhang 2 des Teiles VIII des Verlaßter Vertrags begründet, der den Alliierten im Falle vorläufiger Verletzung von Seiten Deutschlands gestatte, alle wirtschaftlichen, finanziellen und andere Maßnahmen zu treffen, die sie betreffenden Regierungen für notwendig erachten.

In England herrscht einmütige Ablehnung der französischen Politik. Selbst die sonst so francofeindlichen Times schreiben: durch den Beschluß, in ihrem eigenen Interesse zu Separationen überzugehen, hätten die Franzosen selbst dem Versailles Vertrag einen schweren Schlag zugefügt.

Uns wird aus Berlin geschrieben:

Lloyd George hat die Pfänderpolitik Poincarés einmal verhängnisvoll genannt. Dasselbe sagte später Bonar Law mit andern Worten. Die Londoner Konferenz zwischen Bonar Law, Poincaré und Rheunis und Mussolini konnte das Verhängnis von Europa nicht abwenden. Die Pariser Konferenz hat ebenfalls verjagt. Die Bemühungen des amerikanischen Finanziers Morgan um einen Ausgleich in der Reparationsfrage konnten nicht zur Auswirkung gelangen. Die Reparationskommission, der in dieser Frage die Entscheidung zufällt, hat sich selbst ausgeschaltet. Und doch heute, nachdem alle andern Faktoren sich nicht stark genug erwiesen haben, die Hürde zu überbrücken, steht die Reparationskommission von neuem vor dem Hindernis. Sie hat darüber zu entscheiden, ob Deutschland am 15. Januar zahlen soll oder nicht; ihr fällt die Entscheidung darüber zu, ob eine vorläufige Verletzung Deutschlands vorliegt, wenn es erklärt, daß es am 15. Januar nicht zahlen kann. Ist es heute noch zweifelhaft, wie diese Entscheidung ausfallen wird?

Die Reparationskommission hat vor einiger Zeit Deutschlands Zahlungsunfähigkeit und Deutschlands Bedürfnis nach einer Ruhezpause ausdrücklich festgestellt. Kann sie sich jetzt selbst Lügen strafen? Wahrscheinlicher wäre es, wenn sie zwar einem Moratorium zustimmte, dieses Moratorium aber von Pfändern abhängig macht, die Poincarés Wünschen entsprechen. Das aber ist es gerade, was Lloyd George und Bonar Law verhängnisvoll genannt haben, es ist eine Forderung, die die öffentliche Meinung ganz Englands verwirrt. Der Vertreter Englands in der Reparationskommission, der sich bereits in der Frage der Solglieferungen ostentativ gegen das Kollegium der Reparationskommission wandte, könnte also für diese Entscheidung kaum seine Hand erheben.

Die Frage der Solglieferungen war der Prüfstein für die zukünftige Haltung der Reparationskommission. Die Vertreter Frankreichs, Italiens und Belgiens haben hier eine Verletzung Deutschlands festgestellt, eine Verletzung — keine böswillige Verletzung! Ein Grund für Sanktionen läge also auch bei dieser Lappalie nicht vor. Aber es scheint, daß der Ausfall der Entscheidung Poincaré, den Urheber der Querulantentendenz, dazu ermutigt, auf diesem Wege fortzufahren. Wie es heißt, wird er versuchen, eine ähnliche Entscheidung in der Frage der Kohlenlieferungen herbeizuführen. Wird diesmal das Wort „böswillig“ in dem Urteil enthalten sein? Die französische Presse arbeitet auf eine Verletzung des Ruhrgebietes noch vor der Erledigung der Moratoriums- und der Reparationsangelegenheit hin. Erst Ruhezsetzung und dann Verhandlungen mit Deutschland, lautet das neueste Schlagwort Poincarés.

Dyne Zweifel, die Befragung neuen deutschen Gebiets noch vor der eigentlichen „Verletzung“ Deutschlands wäre ein noch furchtbarer Rechtsbruch als Maßnahmen, die sich nach dem Verfalltermin für Deutschland ergäben. Es wäre erstens und durch nichts zu rechtfertigen, wenn Belgien, dessen Vergewaltigung am Beginn des Krieges einen Entrüstungsturm in der ganzen Welt entflammte, einem Beginn zustimmen oder ihm gar die Hand reichen wollte, das zum mindesten ebenso verwerflich wäre wie der Neutralitätsbruch der kaiserlichen Regierung. Deutschland ist heute wehrlos! Es ist bis auf die Seele erschöpft! Jeder Gewaltstoß kann die notwendig aufrechterhaltene Staatsordnung in ein Chaos verandern! War es nicht Belgien selbst, das sich dieser Argumentation nicht zu entziehen vermeinte, war es nicht Belgien, das Seite an Seite mit England für ein deutsches Moratorium kämpfte und die wirtschaftlichen Gründe der Vernunft einem verblendeten Nationalismus wie ein leuchtendes Fanal entgegenhielt? Will sich dieses Belgien, das über einen langen Krieg den Ruf einer Kulturnation hinübergereitet hat, selbst ins Gefäß schlagen? Will es die Staatsraison, die das kaiserliche Deutschland in seinem Schritt gegen Belgien leitete und die den bitteren Saß der ganzen Welt entzündete, will es diese Staatsraison nun auch auf den belgischen Königsthron erheben?

Und Italien. — Italien ist das Land der nationalistischen Diktatur. Es könnte nicht schlimmer den Ruf des Nationalismus von Grund aus verderben, als wenn es ihm für ewig den Stempel aufdrückte: Nationalismus und ungehemmtes Strauchrittertum sind eins.

Aber leider verhält es sich so. Stets ist der Nationalismus, der für seine Nation das Beste zu wollen vermeint, in Gefahr, seine Nation in heillosen Unheil zu stürzen, weil

es sich zu sehr von Gefühlen beherrschen läßt, weil es ihm an kühl denkendem Verstande fehlt. Deutschland ist es, das die Folgen eines derartigen Nationalismus in furchtbarer Qual am eigenen Leibe spüren muß. Um so mehr Anlaß hat es, mit äußerster Ruhe und kaltester Berechnung den kommenden Dingen entgegenzusehen. Ohne Zweifel, man ist im Begriff, nach allem Unrecht, das wir bereits über uns ergehen lassen mußten, uns ein neues Unrecht zuzufügen, das in der Geschichte nur wenige Beispiele kennt. Aber das darf uns nicht dazu verleiten, die Nerven zu verlieren.

## Das Attentat in Böhmen

Die Schüsse auf Dr. Raškin, den Finanzminister der Tschechoslowakei, haben die politische Wertschätzung auch in Böhmen „heimlich“ gemacht. Nach den vorliegenden Meldungen aus Leipzig ist Dr. Raškin durch zwei Schüsse so schwer verletzt, daß sein Zustand nach der Operation als hoffnungslos angesehen wird. Der Attentäter, Josef Soupal, Versicherungsangehänger aus Deutsch-Brod, ist ein 23jähriger Tscheche, will seiner politischen Partei angehören, das Attentat jedoch aus politischen Gründen begangen haben. Dr. Raškin ist ein Führer der kleinen, aber einflussreichen Nationaldemokratischen Partei und wurde als solcher Finanzminister der Koalitionsregierung, der auch die tschechischen Sozialdemokraten angehören. Er ist ein Mann von außerordentlicher Energie und Arbeitskraft, hat sich aber durch seine rücksichtslose Finanzpolitik viele Feinde geschaffen. So galt er vor 14 Jahren bei dem großen Bankbankrott als Seele des Widerstandes der Unternehmern, und die Bankbeamten waren der Meinung, daß ihre schwere Niederlage vornehmlich auf seinen Einfluß zurückzuführen sei. Bei den Beamten war er wegen der wiederholten Gerabsetzung ihrer Gehälter sehr unbeliebt. Das alles aber darf kein Grund sein zur Neubewertung des politischen Gegners, zumal in einer demokratischen Republik. Die tschechische Regierung hat einen Aufruf erlassen, in dem sie der Erwartung Ausdruck gibt, daß die Öffentlichkeit mit vollem Verständnis die entschiedenen Maßnahmen aufnehmen werde, die die Regierung gegen alles das ergriffen habe, was dem Attentäter die mörderische Waffe in die Hand drückte.

## Die Untergründe des Attentats

Von unserm Mitarbeiter in Böhmen wird uns geschrieben:

Die Schüsse, die der 23jährige Versicherungsbeamte Soupal Freitag vormittag auf den tschechoslowakischen Finanzminister Dr. Raškin abfeuerte, sollten den Mann treffen, gegen den sich Unzufriedenheit und Empörung weiler Volkschichten in der Tschechoslowakei richteten. Denn unter Dr. Raškins Einfluß wurde, schon ehe er zum zweiten Male Finanzminister wurde, jene Wirtschafts- und Finanzreform eingeleitet, die die Tschechoslowakei in die Höhe trieb, das Staatsbudget durch Sparmaßnahmen ins Gleichgewicht

brachte, aber gleichzeitig und gerade durch diese Maßnahmen ungeheures Geld den Massen der Arbeitenden brachte.

Denn das Steigen der Tschechoslowakei machte in Verbindung mit der die Produktion verteuerten Kohlenabgabe und mit den nochmals verteuerten hohen Fruchtgebühren die tschecho-slowakische Industrie konkurrenzunfähig. Viele hundert Fabriken stehen still, 600 000 Arbeiter sind beschäftigungslos. Raškin hat nur ein Rezept, das zur Gesundung führen soll: Abbau der Löhne und Gehälter. Er selber sorgte dafür, daß der Staat mit gutem Beispiel voranging. Die Gehälter der Staatsbeamten und Staatsbediensteten sind beträchtlich gekürzt worden. Und nun sind wohl im allgemeinen die Einkommen aller Arbeiter um 30—40 Prozent niedriger — aber die Wirtschaftskrise wütet weiter. Andre Sparmaßnahmen als solche auf Kosten der Arbeiter, aber kennt Raškin nicht. Keine Gerabsetzung der Kohlenabgaben, der Frachten, keine Streichungen beim Heeresetat, keine Milderung der Saluropolitik! Denn der Staat soll ein Staat mit möglichst hoher Valuta bleiben, ein Staat mit Weltbedeutung, — und die Krise ist ja bloß eine „Seindungsphase“, in der zugrunde geht, was nicht gesund und widerstandsfähig ist.

Raškin, ein führender Finanzkapitalist, ist erbitterter Arbeiterfeind. Seinem ungeheuren Einfluß ist es zuzuschreiben, daß im Vorjahre der Streik der Bankbeamten mit einer jähen Niederlage der Streikenden und dem Diktat der Banken endete. Raškin ist Förderer aller chauvinistischen tschechischen Bewegungen, bei denen die Gehälter der Kapitalisten so gut gehen. Auch mit dem ganz neuen „tschechischen Faschismus“, der sich gegen Deutsche, Juden und Sozialisten wendet, sympathisiert er. Sympathisiert keine ganze Partei, die Nationaldemokratische. Doch er zu den bestgeachteten Politikern des Landes zählt, ist also begreiflich.

Für die Tat des jungen Bankbeamten ist aber keine politische Partei verantwortlich zu machen. Gerade die Parteien, die zur Regierung in Opposition stehen, — die tschechischen Sozialdemokraten, die Deutschbürgerlichen und die Kommunisten — haben noch nie den Terror, die persönliche Bekämpfung des politischen Gegners geübt. Das Attentat ist, auch wenn es von einem „Unpolitischen“ verübt wurde, doch in Verbindung zu bringen mit jener reaktionären, chauvinistischen, die von den Reaktionen in ganz Europa gelehrt und praktisch angewendet wird. Ähnlich muß — als Ergebnis des weichen Schreckens in Ungarn, des Faschismus in Italien, des Nationalismus in Deutschland und der jungen faschistischen Bewegung in der Tschechoslowakei — eine politische Atmosphäre in ganz Europa entstehen, in der Revolverkugeln so selbstverständlich sind wie Agitationsreden. Der allgemeine sittliche Zusammenbruch infolge des Krieges ist durch die nationalpolitische Reaktion vollendet worden. Wenn die Gewaltlehre von rechts auch auf Wankenden, die nicht einer Rechtspartei angehören, verführend wirkt, — dann darf der Sturm schließlich auch jene, die den Wind gefäß haben.

## Der Lohnkampf im Bergbau

Die Lohnregulierung für den Bergbau mit seiner Million Arbeiter ist noch nicht über den toten Punkt hinausgekommen. Zwar steht fest, daß der Dezember eine Steigerung der Feuerungskurve von 53 Prozent gegenüber dem November aufweist, für die im Januar eine Abgeltung erfolgen muß, weil es doch Opfer genug ist, daß die Bergarbeiter mit dem Novemberlohn die Dezembersteuerung überwinden müssen, um durch den Januarlohn einen Ausgleich in verbleibendem Geld zu bekommen. Weiter steht ferner fest, daß die Bergbauunternehmer, nachdem ihnen die Lohnforderung der Bergbauverbände zugekommen, bereits zum 28. Dezember zu Lohnverhandlungen bereit waren und die Mitglieder der Arbeitgeberorganisationen zu diesem Termin eingeladen hatten. Ergehend wurde den Bergarbeiterverbänden bereits am 22. Dezember telegraphisch von der Unternehmerseite erklärt, daß Verhandlungen über die Januarregulierung im Bergbau vor dem 11. Januar nicht möglich seien. Die Festlegung des ersten Verhandlungstermins auf den 28. Dezember zeigt, daß die Bergbauunternehmer die Geschehen sind und daß die Schieber wo anders zu suchen sind. Freilich lassen sich die Herren Bergbauindustriellen gern schieben, namentlich wenn der Schieber der neue volksparteiliche Wirtschaftsminister Weder. Wessen, ist, in dem man den Urheber aller der überflüssigen Verhandlungen erblicken muß, die sich seit Weihnachten im Bergbau abspielten und sehr leicht zur Katastrophe führen können. Die Katastrophe wird sogar unvermeidbar sein, wenn die Lage nicht bis Montagabend geklärt ist.

Richtig ist, daß durch die Pariser Konferenz die wirtschaftspolitische Lage Deutschlands ungeklärt war. Aber kann man das die Bergleute an gelsten lassen? Der Bohnerbreit der Bergleute am Erdbesitz beträgt heute 18 Proz. gegen 52 Proz. in der Vorkriegszeit. Der Reallohn der Bauer beträgt etwa ein Viertel Dollar gegen anderthalb Dollar in der Vorkriegszeit. Grubenholz ist dagegen von 15 auf 107 000 M. je Festmeter gestiegen, Eisen von 70 auf 250 000 M. pro Tonne. Die Kohlensteuer beträgt heute circa 5000 M. pro Tonne, wogu die mehrmals zur Hebung gelangende Umsatzsteuer kommt. Ein Zentner Braunkohlenbriketts, dessen Preis ab Werk, geschüttelt im Wagon, 500 M. beträgt, kostet im Kleinverkauf

frei Keller etwa 1800 M. Aber die Regierung findet nirgends Anlaß zum Eingreifen, nur den Bergleuten will sie den Hungerriemen noch enger schnallen, und Herr Weder macht die Unternehmer scharf, die schon angelegten Lohnverhandlungen zu besiegeln und abzulegen und dem offenen Konflikt zu zusteuern. Mit Mühe und Not gelang es dem Arbeitsminister, dessen guten Willen niemand verkennet, die Parteien endlich am 3. Januar an den Verhandlungstisch zu bringen. Aber die Unternehmer blieben hartnäckig und wurden in ihrer Hartnäckigkeit noch bestärkt durch den Vertreter des volksparteilichen Wirtschaftsministers. Ein Schiedsgericht, das am 4. Januar zusammentrat, weil die Einigungsverhandlungen scheiterten, konnte zu keinem Resultat gelangen, weil die Unternehmer alles ablehnten und die Arbeitervertreter den unzureichenden Vorschlägen der Unparteilichen nicht zustimmen konnten, ohne ihre Organisation glatt aufzugeben.

Die Arbeitnehmer forderten ab 1. Januar 1600 M. Lohnhöhung als Ausgleich für die Dezembersteuerung und die Belastung der Lebenshaltung durch die Vorkriegserhöhung, die per Schicht etwa 250 M. ausmachen wird sowie als Ausgleich für die ungeheure Erhöhung der Ansozialbeiträge und die Auswirkung der eintretenden Frucht-, Rohpreis- und Vorkriegserhöhung. Die Unparteilichen des Schiedsgerichts aber boten als letzten Vorschlag an 600 M. für die erste Monatshälte und 1100 M. für die zweite Monatshälte. Darauf konnten die Arbeitervertreter u. n. m. ö. g. l. eingehen. Wir stehen also vor einem Scheitern, den wir den kapitalistisch orientierten Wagnern verdanken, die die Profitinteressen klären und sich an den verdienenden Bergarbeitern schadenlos holen wollen aus „ausenpolitischen Gründen“.

Was nun? Am Sonntag finden allein im Ruhrrevier über 100 aus andern Anlaß vorbereitete Bergarbeiterversammlungen statt. Berichtsgegen läßt sich da nichts. Am Montag und Dienstag findet in Bochum die seit Wochen vorbereitete Reichskonferenz des Bergarbeiterverbandes statt. Sie muß zur Lage Stellung nehmen. Und sie wird höchstens vor ihrem Auseinandergehen gedrängt sein, die Rindigkeit des Arbeitsverhältnisses für alle beschleunigt zu klären, wenn vorher nicht durch neue Verhandlungen ober